

An die  
Senatorin für Arbeit, Frauen,  
Gesundheit, Jugend und Soziales

Bremen, 15.7.2008

Frau Ingelore Rosenkötter

Durchschrift:

Hans-Wendt-Stiftung  
Susanne Köper als Anwohnerin  
Kerstin Lucht-Hübner als Anwohnerin

**Antrag**

Sehr geehrte Frau Senatorin Rosenkötter,

zur Zeit läuft in Ihrem Haus das Antragsverfahren für das Projekt „Hol Över“ der Hans-Wendt-Stiftung.

Der Beirat Borgfeld sieht es als wichtig und notwendig an, dass sich Staat und freie Träger um „schwierige Jugendliche“ kümmern und Maßnahmen ergreifen, sie wieder fit zu machen für die Arbeit und das gesellschaftliche Leben. Auch Borgfeld wird seinen Beitrag dazu leisten. Daher wird dieses Projekt, das ab Herbst 2008 im Beiratsgebiet Borgfeld an einer geographischen Schnittstelle zu den Beiratsgebieten Horn-Lehe und Oberneuland durchgeführt werden soll, von uns grundsätzlich befürwortet.

Es sollen bis zum Jahre 2010 insgesamt bis zu 48 Jugendliche im Alter zwischen 16 bis 24 Jahren – in Ausnahmefällen auch bis 27 Jahren – mit Hilfe der Berufsschule an eine Arbeit herangeführt werden (im Jahre 2008 zunächst 16, im Jahre 2009 erhöht auf 32 und im Jahre 2010 erhöht auf 48).

Nach Auskunft der Hans-Wendt-Stiftung (Herren Gross und Kuse) handelt es sich weitgehend um Schulverweigerer; einige sind bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten oder haben Drogenerfahrung.

Es gab sofort von besorgten Eltern den Wunsch nach Aufklärung, weil sich auf dem Gelände der Hans-Wendt-Stiftung ein Kindergarten befindet, weitere Jugendarbeit dort stattfindet und sich die Wege der „schwierigen Jugendlichen“, die aus allen Stadtteilen Bremens kommen, mit den Schulwegen der hiesigen Kinder örtlich und zeitlich kreuzen. Für diese Sorgen der Bürger/innen in unserem Stadtteil hat der Beirat Verständnis und teilt sie ausdrücklich. Der Beirat Borgfeld hält es jedoch für erforderlich, diese widerstreitenden, berechtigten Interessen in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.

Auf einer öffentlichen Beiratssitzung mit Vertretern der Hans-Wendt-Stiftung am 12.6.08 äußerten besorgte Bürger/innen ihre berechtigten Ängste um die Sicherheit ihrer Kinder. Leider gelang es den Vertretern der Hans-Wendt-Stiftung nicht, die Befürchtungen zu zerstreuen. Im Gegenteil, durch die eher „scheibchenweise“ abgegebene Information waren die Bürger/innen noch mehr verunsichert und auf die Frage, ob wenigstens ausgeschlossen werden könnte, dass sich unter den Jugendlichen Sexualtäter befinden, war ebenfalls keine

befriedigende Antwort von den anwesenden Vertretern der Hans-Wendt-Stiftung zu bekommen.

Der Bitte nach Vorlage des schriftlichen Konzeptes zum Projekt „Hol Över“, aus dem nach Auffassung des Beirates

- die Organisation und Ziele des Projekts
- die Kooperationspartner
- die Auswahlkriterien bezogen auf die Jugendlichen
- der Betreuungsschlüssel Jugendliche/Sozialpädagogen nach Stunden
- die Ersatzgestaltung bei Ausfall
- die Intensität der Betreuung und
- die Evaluation der Maßnahmen

hervorgehen müssten, wurde von den Vertretern der Hans-Wendt-Stiftung nicht entsprochen.

Als Beirat möchten wir dazu beitragen, hier einen Interessenausgleich zu finden, damit dieser Konflikt nicht weiter in unserem und in den benachbarten Stadtteilen schwelt. Einerseits ist uns daran gelegen, dass das Projekt erfolgreich stattfinden kann, andererseits ist durch präventive Maßnahmen weitgehend sicherzustellen, dass die befürchteten Sicherheitsstörungen nicht real werden.

Da die Situation nach der öffentlichen Beiratssitzung für uns nicht befriedigend gelöst werden konnte, möchten wir Sie bitten, im bevorstehenden Genehmigungsverfahren dafür zu sorgen, dass unsere nachfolgend aufgeführten Anliegen Berücksichtigung finden, damit wir hier unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden können.

Der Beirat hat dazu an Sie und die Hans-Wendt-Stiftung folgende Forderungen:

- **Sicherstellung eines angemessenen Betreuungsschlüssels – ständig und qualifiziert.**  
Wir gehen davon aus, dass der Erfolg des Projekts und die Vermeidung von unerwünschten Nebenfolgen in erster Linie durch die Betreuung gewährleistet wird. Die Vertreter der Hans-Wendt-Stiftung berichteten von der Absicht, pro acht Jugendliche einen Pädagogen einzusetzen. Auf Fragen nach dem Stundenansatz und der qualifizierten Ersatzgestaltung bei Ausfällen konnten keine befriedigenden Antworten gegeben werden. Wir halten aus Gründen der Kontinuität der Betreuung eine Ersatzgestaltung über eine Zeitarbeitsfirma für nicht angemessen. Aufgrund mangelnder Qualifikation halten wir den Einsatz von sog. Injobbern (vergleiche Ausschreibung im Internet unter: <http://ina-b.bremerarbeit.de>) ebenfalls für pädagogisch verfehlt.
- **Kein unbetreutes Übernachten von Jugendlichen auf dem Gelände der Hans-Wendt-Stiftung.**  
In der Beiratssitzung wurde auch von der Absicht berichtet, dass Jugendliche in Einzelfällen in den Räumen des Projekts wohnen sollen. Das Übernachten einzelner sollte grundsätzlich die Ausnahme sein, wenn, dann aber betreut.
- **Verhinderung einer geballten Präsenz von zu betreuenden Jugendlichen auf dem Gelände der Stiftung.**  
Es muss sichergestellt werden, dass die Beschäftigung/Betreuung der Jugendlichen in übersichtlichen kleinen Gruppen – ungestört von anderen Gruppen - stattfindet.

Außerdem soll die Vermittlung von Jugendlichen an Praktikumsplätze außerhalb der Hans-Wendt-Stiftung verstärkt betrieben werden.

- **Schaffung eines geeigneten Auswahlverfahrens, um sicherzustellen, dass Schwerkriminelle, insbesondere Sexualtäter hier wegen der räumlichen Nähe zu dem Kindergarten und zur Jugendarbeit nicht in das Projekt aufgenommen werden.**

Uns ist bekannt, dass eine solche Selektion schwierig ist. Über die Jugendämter bzw. die sozialen Dienste der Justiz muss es jedoch möglich zu sein, Auskünfte aus dem Erziehungsregister/Bundeszentralregister für eine vertrauliche Selektion zu verwenden.

- **Übersendung des schriftlichen Konzepts an den Beirat**

Wir haben Verständnis dafür, dass sich die Hans-Wendt-Stiftung in einer Bewerbungssituation befindet und dass es möglicherweise noch konzeptionelle Änderungen geben kann. Andererseits ist der Beirat gerade in solchen Fällen gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und kann den vertraulichen Umgang garantieren.

- **Vereinbarung einer regelmäßigen Information über den Fortgang des Projektes in öffentlichen Beiratssitzungen**

Wir möchten dadurch eine Gelegenheit zum Informationsaustausch bieten und weitere Steuerungsmöglichkeiten für alle Interessierten schaffen, um gleichzeitig dadurch die Akzeptanz des Projekts zu fördern.

Sehr geehrte Frau Senatorin Rosenkötter, es geht uns nicht darum – wie vielfach unterstellt –, hier in sogenannten bürgerlichen Vierteln unüberwindbare Hindernisse gegen ein schwieriges Projekt aufzubauen. Im Gegenteil, der Nutzen für die Gemeinschaft wird von uns sehr hoch eingeschätzt und wir möchten mit den vorgeschlagenen Maßnahmen dazu beitragen, dass das Projekt erfolgreich wird.

Gabi Piontkowski und die Fraktion der CDU

Gerd Ilgner und die Fraktion der SPD

Dr. Jürgen Linke und die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen

Clemens Stief und die Fraktion der FDP